



RESOLUTION

Städte und Gemeinden sichern Stabilität in der Covid-19 Krise - Die Staaten Europas und die EU müssen Handlungsfähigkeit der Kommunen jetzt erhalten und stärken

Die Covid-19-Pandemie bedroht die Gesundheit der Menschen in Europa und der restlichen Welt. Sie hat weitreichende Auswirkungen auf ihren Alltag sowie tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Folgen, die in ihrer Gänze noch nicht abzusehen sind.

Die Kommunen nehmen eine Vielzahl von wichtigen Aufgaben im Dienste der BürgerInnen in der Krise zuverlässig wahr. Hierzu zählen Aufgaben im Gesundheitsbereich, soziale Dienste sowie bei der Sicherstellung von Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ebenso kommt ihnen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Covid-19-Virus sowie bei der ihrer schrittweisen Lockerung zu.

In der Krise zeigt sich erneut: Die kommunale Ebene sichert Stabilität. Sie ist eine tragende Säule der Länder Europas. Ohne handlungs- und leistungsfähige Städte und Gemeinden werden wir diese und kommende Krisen nicht bewältigen können. Die Nationalstaaten müssen daher die Leistungsfähigkeit ihrer kommunalen Dienste, der Verwaltung und kommunaler Einrichtungen sichern.

Die Europäische Union muss – im Rahmen ihrer Kompetenzen – ebenfalls ihren Beitrag zur Unterstützung der Kommunen leisten. Die EU hat bereits seit vielen Jahren die Bedeutung der Kommunen für die Umsetzung zentraler EU-Politiken erkannt. Ohne Städte und Gemeinden kann weder ein effektiver Klimaschutz erreicht noch die Digitalisierung vorangebracht werden. Im Rahmen ihrer Kompetenzen kann sie abgestimmt mit nationalstaatlichen Maßnahmen die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch die Aufsetzung entsprechender Programme und Fördermöglichkeiten stärken.

Auswirkungen der Covid 19-Krise auf die Kommunen

Die Kommunen sind ihrerseits auf vielfältige und sehr unterschiedliche Art und Weise auch Betroffene dieser Krise. Die Sicherstellung kommunaler Aufgaben unter den erschwerten Bedingungen der Krise verursacht in vielen Kommunen eine sehr hohe Arbeitsbelastung für die kommunalen Bediensteten sowie die von kommunalen Unternehmen. In vielen Ländern sind besonders unter den im Gesundheitsbereich tätigen MitarbeiterInnen zahlreiche Erkrankte und Tote zu beklagen.

Die Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus, die von den zuständigen übergeordneten staatlichen Ebenen angeordnet wurden, hat Kommunen zum Teil vor große Herausforderungen gestellt, die sie bislang zuverlässig, entschlossen und pragmatisch bewältigt haben. Zudem haben die Einschränkung der Versammlungs- und Bewegungsmöglichkeiten auch die gewohnten Abläufe der lokalen Demokratie behindert.

Die Covid-19-Krise verursacht eine Reihe von hohen zusätzlichen Kosten in Kommunen – z.B. durch zusätzliche Bedarfe insbesondere bei den sozialen Diensten, im Gesundheitsbereich, durch Maßnahmen für den Gesundheitsschutz der BürgerInnen und MitarbeiterInnen. Gleichzeitig sinken durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise vielerorts auch die Einnahmen durch ausbleibende Steuerzahlungen oder Gebühren.

Kommunale Handlungsfähigkeit muss gesichert werden – Forderungen der sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas

An die jeweils zuständigen Ebenen der Nationalstaaten richten sich folgende Forderungen:

- Zum Schutz ihrer BürgerInnen und MitarbeiterInnen benötigen die Kommunen in der Krise die für die Ausübung ihrer Aufgaben entsprechend erforderliche Ausrüstung. Die Nationalstaaten müssen diese – insbesondere für die MitarbeiterInnen im Gesundheitsbereich – buchstäblich lebensnotwendiger Ausrüstung entsprechend bereitstellen bzw. bei ihrer Beschaffung unterstützen.
- Um eine effektive und schnelle Umsetzung der von den übergeordneten staatlichen Ebenen zur Eindämmung des Covid-19-Virus getroffenen Maßnahmen vor Ort zu gewährleisten, benötigen die Kommunen klare und eindeutige

Regelungen. Alle wünschen sich die Rückkehr zu einem normalen Alltag. Diese wird aber nur vorsichtig und schrittweise erfolgen können. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung vieler Maßnahmen vor Ort und ihrer Kenntnisse lokaler Gegebenheiten sollte die kommunale Ebene bei der Festsetzung bzw. Lockerung von Maßnahmen konsultiert werden.

- Die in der Charta kommunalen Selbstverwaltung des Europarates garantierten Rechte müssen auch in der Krise geachtet werden. Keinesfalls dürfen Nationalstaaten die Krise dazu nutzen, um diese Rechte sowie insbesondere auch direkte finanzielle Einnahmen dauerhaft einzuschränken.
- Falls erforderlich müssen die zuständigen nationalen Gesetzgeber mit entsprechenden rechtlichen Anpassungen die Funktionsfähigkeit der lokalen Demokratie sicherstellen und durch technische Maßnahmen unterstützen. Beispielsweise durch die Ermöglichung der Abhaltung von Rats- und Ausschusssitzungen als Videokonferenz.
- Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten, benötigen Kommunen eine entsprechende finanzielle Ausstattung. In der Krise ist eine schnelle, direkte und unbürokratische finanzielle Unterstützung notwendig, damit sie ihre Aufgaben auch weiterhin in zuverlässiger Weise erfüllen können. Überdies benötigen sie auch mittel- und langfristig finanzielle Unterstützung, um kommunale Infrastruktur zu erhalten und verbessern. Kommunale Investitionen in Infrastruktur sind eine unabdingbare Grundlage für die Erhaltung lebenswerter Städte und Gemeinden sowie für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung. An diesen Investitionen hängen auch zahlreiche Arbeitsplätze. Daher wird auch die wirtschaftliche Erholung nach der Krise ganz entscheidend von der Investitionsfähigkeit der Kommunen abhängen.

An die Europäische Union richten sich folgende Forderungen:

- Die Kommunen in Europa sind sehr unterschiedlich von der Krise betroffen. Viele Städte und Gemeinden sind auf die tiefgreifenden Auswirkungen der Covid-19-Krise nicht vorbereitet und benötigen rasche und unbürokratische Unterstützung. In der Krise ist auch schnelles Handeln erforderlich. EU-Hilfen sollten die Kommunen möglichst direkt und schnell erreichen. Die Kontrolle von staatlichen Beihilfen und des öffentlichen Vergabewesens muss zudem an die Erfordernisse der Ausnahmesituation dieser Krise angepasst werden.
- Eine rasche Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) mit einer Erhöhung der Ausstattung der Kohäsionspolitik und zusätzlichen Mitteln für Kommunen und Regionen ist in der gegenwärtigen Situation dringender denn je. Der Vorschlag der EU-Kommission vom Mai 2018 ist bei weitem nicht ausreichend.
- Der Green Deal darf nicht der derzeitigen Krise zum Opfer fallen. Im Gegenteil, er kann sogar eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise spielen. Eine Klimaschutzpolitik, die eine nachhaltige Mobilität und den Umbau der Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger sicherstellt, ist eine Priorität und muss in der Kohäsionspolitik mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden. Die Kommunen sind entscheidende Akteure bei der Umsetzung des Green Deals.
- Wir SozialdemokratInnen stehen für eine Gesellschaft, die auf Solidarität und sozialen Zusammenhalt gründet. Dafür ist auch ein Wirtschaftssystem grundlegend, für das Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich sowie soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter wesentliche Grundpfeiler sind. Europäische Programme und Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise sollten daher auch immer zur Umsetzung der Ziele der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen. Wir wollen ein soziales Europa mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen sowie „equal pay“ und „equal pension“. Dies würde auch den Frauen zugutekommen, zumal sie in vielen Bereichen wieder die Hauptlast der Krisenbewältigung tragen. Hinzu kommt die Notwendigkeit europaweit in einer gemeinsamen Anstrengung aller Ebenen mehr leistbares Wohnen in unseren Städten und Gemeinden zu ermöglichen.
- PES Local begrüßt die von der EU-Kommission angekündigte Konferenz zur Zukunft Europas. Diese Konferenz wird auch die Lehren aus der derzeitigen Krise ziehen und Wege für eine bessere und effektivere Koordinierung nationalstaatlicher Maßnahmen auf europäischer Ebene finden müssen. Aufgrund ihrer Nähe zu den BürgerInnen, ihrer hervorragenden Bedeutung für viele zukunftsweisende Politiken der EU sowie ihrer bedeutenden Rolle als Stabilitätsanker in Krisen fordert PES Local eine direkte Beteiligung der kommunalen Ebene an dieser Konferenz.

Voneinander lernen: Erfahrungsaustausch in der Krise

Solidarität und der Erfahrungsaustausch sind wichtig in der Krise. Der europäische Ausschuss der Regionen unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches unter Kommunen in der Krise und hat hierfür eine entsprechende Online-Plattform eingerichtet, die dazu beitragen soll Lösungen auszutauschen und die gegenseitige Unterstützung zu verbessern (<https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/COVID19-exchangeplatform.aspx>). PES Local unterstützt diese Initiative nachdrücklich.